

**RENTNERISCHES**

Für Alte und solche,  
die es werden wollen



Nr. 40  
März 2023

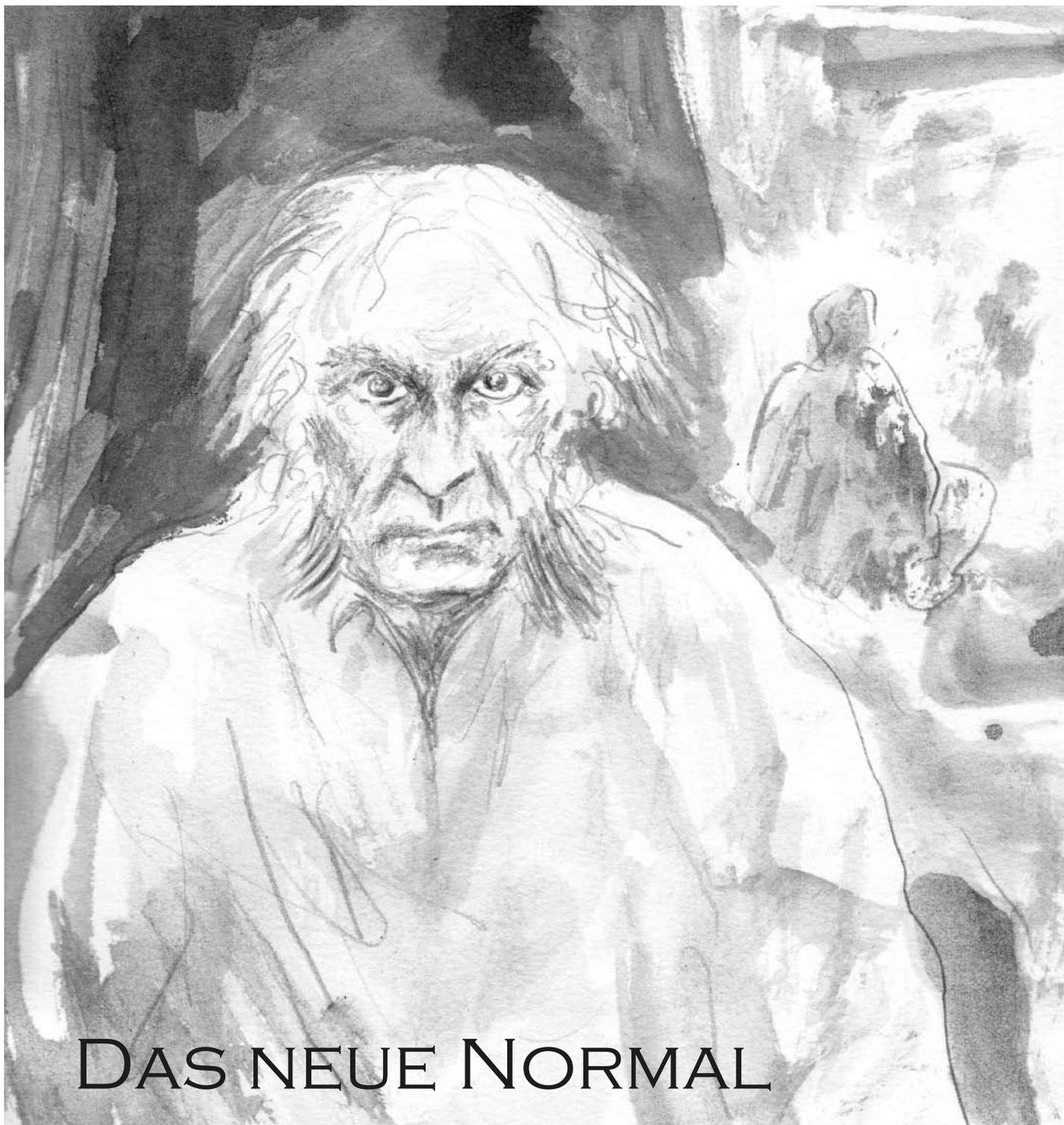
# AKKRÜTZEL

**JENAS FÜHRENDE SENIORENZEITUNG**

Minister Lauterbach  
schwurbelt über die  
Regeln für draußen

Laienjugendliche durch  
Zufall bestimmt für  
„Team Jugend“

Freund und Helfer der  
Klimakleber



**DAS NEUE NORMAL**

# Stadtgespräch



## Jena in geteilter Meinung: Ukraine oder Frieden?

Über die Sache mit dem Ukraine-Krieg haben wir im Senioren-Akrützel noch gar nichts gebracht, um nicht zur Kriegspartei zu werden und um nicht zwischen die Fronten von jeweils aus der anderen Sicht üblen Kriegstreibern zu geraten. Die einen sagen, der Ukraine sollen Waffen geliefert werden zu Verteidigungszwecken, die anderen meinen, dies verlängere nur die Kämpfe.

Zwei etwa gleich starke Demonstrationen zur fast gleichen Zeit, gegenteilige Grundaussage, logischerweise müssen die einen komplett falsch liegen. Oder die anderen. Wenn wir aus der Geschichte eines gelernt haben, dann, dass sie manchmal ziemlich lange dauert.

Nur gut, dass es nicht darauf ankommt, was die Leute sagen.

Der Bundeskanzler scheint geschickter vorzugehen; die einen finden richtig, was er tut, und die anderen, was er sagt. Seine Zustimmungswerte müssten also bei hundert Prozent liegen. Wobei man das, was er tut, auch als Stabilisie-

rung des Krieges interpretieren könnte. Läuft doch bestens, wenn Putin schuld ist an unserer Politik. Gerade nachdem Corona so eine Enttäuschung war, was den Großen Reset angeht.

Die Presse bemüht sich vor allem darum, die alten Aufteilungen aufrechtzuerhalten, aber danach richten sich die Leute nicht; bei der Wagenknecht-Schwarzer-Demo spazierten Personen mit, wegen derer man früher auf alle Teilnehmer eingepügelte hätte, min-

destens verbal. Die Presse hat es auch schwierig, man weiß ja noch nicht, wer gewinnt, und manchmal lassen sich die Leser noch schwerer als gewohnt umstimmen bei einem Positionswechsel.

Eine Lokalredakteurin stellt in ihrer Kolumne dar, dass es beiden Seiten um Frieden gehe, nur der „Weg dahin ist fraglich. Liefern wir Waffen und sanktionieren, wächst das Risiko der Ausweitung und endlosen Verlängerung des Krieges. Tun wir es nicht, überlassen wir einem Größenwahnsinnigen ein Land, das nach Freiheit und Demokratie strebt, und öffnen den Weg zu weiterem Machtmissbrauch. Vor einem Jahr war mein Standpunkt unklar. Mittlerweile denke ich, dass Pazifismus nicht immer die beste Idee ist. Aber ich schaffe es auch nicht, lauthals ‚Mehr Waffen!‘ zu schreien.“ Tja, was wiegt da schwerer?

Größenwahnsinnigen das Land zu überlassen, heißt bei uns Ampel. Daran, dass sich das nicht vergleichen lässt, sehen wir, dass wir gar nicht richtig mitreden können. Vielleicht



sollten wir aus einer anderen Fragestellung heraus überlegen: Was hätten wir zu verteidigen? Wen oder was würden wir verteidigen? Die Vielfalt? Die SPD? Die Queerbeauftragten, die Geschlechtergeschichte, die Grüne Jugend? Die Meldestelle Antifeminismus?

Um Licht in diese Ungewissheit zu bringen, fragten wir bei der Verfasserin an: Würden Sie erwarten, dass man Sie verteidigt? Wenn ja, wem bzw. wievielen in der Redaktion würden Sie zutrauen, dies zu leisten?

Von der Frage muss sie überrascht worden sein, sie recherchiert noch. Oder Teile der Antwort würden verunsichern, vielleicht fiel die Antwort auch unter militärische Geheimhaltung.

*ia, nm, bz*

## Aktionsplan

Jena wird klimakonform, wie vom Grundgesetz verlangt, und dazu hat eine Target GmbH aus Hannover einen Stapel Papier angefertigt, wie die Klimaplanwirtschaft umgesetzt wird. Wieviele Haufen Geld die GmbH dafür bekommt, lässt sich beziffern: einen.

## Entscheid

Jena wird zum Bedauern der Stadt nicht Austragungsort des Zukunftszentrums Deutsche Einheit und Europäische Transformation. Dabei hätte es so gut

zu Jena gepasst. Aber so deutlich wie in Jena zu besichtigen wollte man die europäische Transformation dann doch nicht zeigen. Die ausreichend vorhandene Kompetenz für hohles Wichtiggetue wird nun für andere Projekte eingesetzt. Tröstlich bleibt, die jährlich erwarteten eine Million Besucher hätten die Klimaneutralität vermasselt.

## Vorstellung ausgefallen

Wegen Erkrankung von Schauspielern hat das Theaterhaus gleich eine ganze Vorstellung abgesagt. Dabei hätte man gerade da die Grenze zwischen Bühne und Publikum aufbrechen können durch den entstandenen Freiraum die Zuschauer so intensiv einbinden, dass sie sich dem eigenen Hinterfragen stellen. Aber wenigstens ist zu sehen, dass Kultur auch noch wegen Krankheit gecancelt wird.

## Werbeaktion gespart

Der Stadtrat hat die Ausgabe von 50.000 Euro für eine Werbung gegen Autos gestoppt. Demnach muss die Werbefirma erst noch genügend Stimmung gegen Werbefeindlichkeit aufbauen.

## Zweite Wahl

Einer dieser Bürgermeister ist im zweiten Versuch doch noch auf einen ehrenamtlichen Platz beim Fußballverein gewählt worden. Diese sinnvolle Freizeitgestaltung bringt ihm nötige die Work-Life-Balance zum Bürgermeistern. Bei der Wahl zum Oberbürgermeister kann er darauf aufbauen, dass ihn Fußballfans schon mal gesehen haben. Fußball ist zwar kulturelle Aneignung von den Maya, aber die Gremien und Geschäftsnetzungen sind eindeutig mitteleuropäisch.



# Hier ist wieder die Klimappet-Show



**T**ermine für Spontandemonstrationen festzulegen, das ist auch so was, das wir Alte, die das Klima beschädigt haben, noch anders kannten. Außerdem zu besichtigen ist dabei: die Zukunft der Arbeit. Die machen nur ihren Job.

Die ersten Pressebilder von der klimasensiblen Straßenblockade zeigten Polizeiwagen und Polizisten, wie sie daneben beziehungsweise dahinter stehen. Von der Anmutung her kaum zu unterscheiden von Bewachern und Beschützern der Sitzenden, die eine Nötigung im strafrechtlichen Sinne begehen. Man hätte nicht weiter gestaunt, wenn Polizisten Greta Thunberg hergetragen hätten.

Darum fragten wir bei der Jenaer Polizeipressestelle: Welche Anweisung haben die Polizeikräfte, wie lange sie abwarten, bevor sie einschreiten?

Die entsprechende Frage stellten wir der Pressesprecherin des Thüringer Innenministeriums, weil wir dieses für zuständig halten.

Die Jenaer Pressestelle schrieb umgehend zurück, es werde bezüglich des genannten Einsatzes „noch eine abgestimmte Pressemitteilung zwischen Stadt Jena und der Polizei geben.“

*Grundsätzlich, wenn es rechtlich so gewürdigt wird wie heute, ist die originäre Behörde die zuständige Versammlungsbehörde. Die Polizei wird sodann ‚nur‘ in Amts- bzw. Vollzugshilfe tätig.*

*Letztendlich obliegt es immer der rechtlichen Einordnung. Heute wurde die Aktion als Spontanversammlung eingestuft, womit Art. 8 GG sowie das Versammlungsgesetz einschlägig sind.“*

Auch die Antwort der an das Ministerium gerichteten Frage ging

zeitnah ein, denn sie „wurde an die Landespolizeidirektion weitergegeben. Für diese kann ich Ihnen mitteilen, dass die Thüringer Polizei bei Bekanntwerden derartiger Aktionen unverzüglich handelt. Nach dem Eintreffen der Kollegen ist zu prüfen, was vorliegt. Handelt es sich um eine demonstrative Aktion, sind die Maßgaben des Versammlungsrechts zu beachten. Zuvörderst ist unser Auftrag natürlich bei allen Lagen die Gefahrenabwehr, d.h. Absper-



nung und Sicherung des Verkehrsraums, damit niemand zu Schaden kommt. Dann werden spezielle ausgebildete und ausgestattete Kolleginnen und Kollegen herangeführt, die mit dem Lösen der Personen beginnen. Dies kann, trotzdem die Thüringer Polizei davon mehrere Teams vorhält, eine gewisse Zeit dauern, ist jedoch nicht von der Polizei zu beeinflussen.“

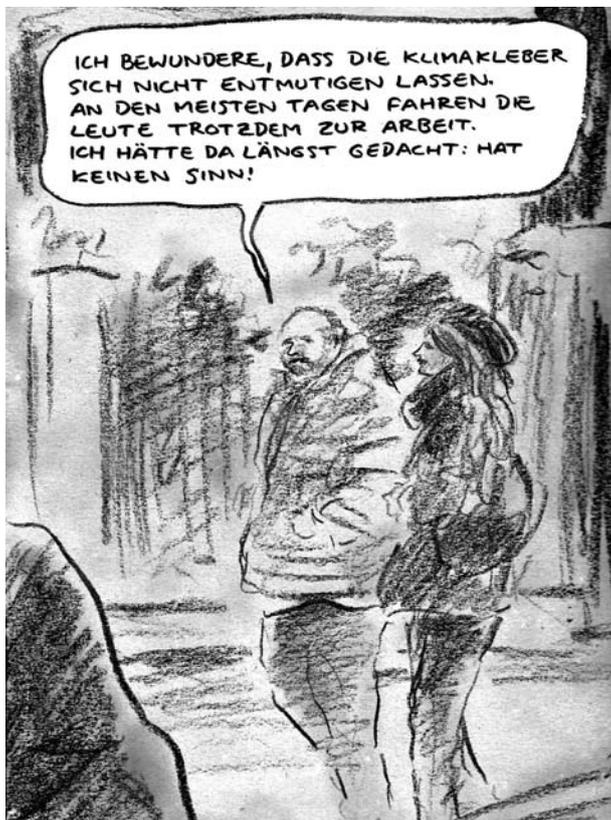
Was also die Verfassung so gebietet. Hier das Demonstrationsrecht, sich unbewaffnet und unter freiem Himmel friedlich zu versammeln. Klima ist friedensentscheidend, wie wir wissen.

Wir kennen Demonstrationen, die weniger gelitten waren und gegen die die ganze Härte des Rechtsstaates und so weiter. Aber hier geht es ums Klima, das hat Verfassungsvorrang.

Eine Kleinigkeit wäre da noch.

Auf den Fotos ist zu sehen, dass die Polizei mit Wagen und Beamten sich, aus Fahrtrichtung gesehen, hinter den Sitzaktivisten befindet, vor denen die blockierten Verkehrsteilnehmer stehen. Müsste zu Sicherungszwecken die Polizei nicht vor den Aktivisten stehen, um Unglücksfälle zu verhindern, beziehungsweise, wenn sie erst nach der Staubildung eintrifft, am Ende des Staus, um den Verkehr umzuleiten und den gestoppten Fahrern ein Umkehren oder Rückwärtsfahren zu ermöglichen?

Auch darauf bekamen wir schnelle Antworten beider Stellen: so sei das auch gemacht worden, Verkehr abgelenkt und Umleitung eingerichtet, die Polizeiwagen auf den Fotos „dienten zur Absicherung aus Richtung Fischergasse sowie Eisenbahndamm, damit die Einsatzkräfte genügend



Raum (ungefährdet) für die anschließenden Handlungen hatten. Eine Gefährdung durch andere Verkehrsteilnehmer aus Richtung Knebelstraße war nicht gegeben“, sowie: „Da die Demonstranten Rettungswesten trugen und die Fahrzeuge bereits standen, bestand keine Notwendigkeit sich vor diese zu stellen. Das hätte die politische Meinungskundgebung auch behindert, was die Polizei aus nachvollziehbaren Gründen zu vermeiden versucht.“

Sehr nachvollziehbar.

Blieb noch die Bitte um diese Auskunft: Die Macht der Bilder zeigt nun eben Polizei, die „hinter den Demonstranten steht“ und die Blockade verstärkt, so dass kein Autofahrer auf die Idee kommen könnte, die Demonstranten wegzuschieben oder dazwischen durchzufahren. Ist dies Teil der Absicht? Wie würde eine Gegendeemonstration aus polizeirechtlicher Sicht wünschenswerterweise aus-

zusehen haben? Wir erhielten zur Antwort, „bei Versammlungslagen, jedweder Art, ist die oberste Prämisse, die Versammlungsteilnehmer, egal welchem Lager diese angehören, zu schützen und für einen störungsfreien Ablauf der Versammlung Sorge zu tragen. Sollte sich eine Gegenversammlung formieren, ist auch die Trennung der ggf. unterschiedlichen politischen Lager angezeigt. Auch benötigen die eingesetzten Beamten, wie am gestrigen Tag, entsprechenden Platz zum Agieren bzw. Handeln. Damit dies ermöglicht wird, erfolgt auch eine entsprechende Sicherung des Raumes. Gemäß Versammlungsgesetz ist es ausdrücklich gewünscht, dass unterschiedliche Lager, oder

auch Versammlungen, die gegensätzliche Meinung hören und ff. dulden müssen, sprich auf Sichtweite sich gegenüberstehen, ein Aufeinandertreffen jedoch, erst recht vor dem Hintergrund etwaiger körperlicher Übergriffe, muss strikt unterbunden werden.

Betreffend das von Ihnen benannte Bild wird jedoch nur ein Ausschnitt des realen Szenarios abgelichtet, womit das Gesamtbild verzerrt dargestellt wird. Faktisch konnten keine Verkehrsteilnehmer mehr bis an die Versammlung heranfahren, da eine Umleitungsstrecke zeitnah eingerichtet wurde (wie bereits ausgeführt). Bei einer vollumfänglichen Berichterstattung zum Sachverhalt sollte überdies, neben dem benannten Bild, auch der Gesamtkontext dargestellt werden.“

Was bedeutet, dass etwaige Gegendeemonstranten sich bemühen sollten, in den offiziellen Bildausschnitt zu kommen. ●



# Report

## Die Regeln für draußen waren Schwachsinn, sagt Karl Lauterbach. Folgt daraus etwas? Etwa für die Bewertung des Umgangs mit den Demonstrationen?

Die Corona-Regeln für außen waren, so sagte es Karl Lauterbach im ZDF, Schwachsinn. Minister, öffentlich-rechtlicher Rundfunk, das ist dann wohl offiziell.

Das kann natürlich auf keinen Fall bedeuten, dass die, die damals schon sagten, dass das alles schwachsinnig wäre, rechtgehabt hätten, denn die konnten das gar nicht wissen. Wenn die Kanzlerin sagt, in China gibt es niedrigere Inzidenzen, weil bei denen die Masken besser säßen und sie weniger Querdenker-Demonstrationen hätten, verbietet sich von selbst, dass die Presse anderen Spuren nachgeht, die ja doch nur ins Steuerbord-Dunkelfeld führen. Staatsdelegitimierende Presse, das hätte noch gefehlt.

Darum fragten wir nun direkt bei der Pressestelle des Bundesgesundheitsministeriums, wie der Minister vor dem Hintergrund seiner Einschätzung das Statement der Kanzlerin zur Wirkung der Querdenker-Demonstrationen bei der Ausbreitung der Pandemie bewertet und welche Bewertung er empfiehlt für die auf den Regeln für draußen basierenden Demonstrationsverbote und das Vorgehen gegen Demonstranten.

Unser Thüringer Innenminister hat damit vielleicht auch Anlass zur Nachdenklichkeit bekommen, das hätte uns interessiert, wir fragten bei der Pressesprecherei von dem, welche Auswirkung der Lauterbach-Befund auf die Sicht des Herrn Innenministers auf die Demonstrationsverbote, die auf den Regeln für draußen basierten, hat.

Da hätten ja interessante Antworten kommen können.



Wo keine interessanten Antworten zu erwarten sind, fragen wir erst gar nicht. So was wie Holger Becker geht nicht. Für Auswärtige: Jenaer Direktabgeordneter, SPD, stand vor einem Jahr am Schirm, um mit Bürgern in Dialog über die Impfpflicht zu treten. Worüber diese Typen nicht reden wollen, ist persönliche Haftung für das, was sie anrichten. Ob der ein Jahr und hunderttausend Euro später einen Korrekturbedarf sehen würde, dagegen kann

man wetten. Der würde sagen, es gab ja keine Impfpflicht, niemand wollte eine und im Wahlkampf war es genau so gesagt worden. Die Jusos am Stand hatten nicht mal begriffen, was diese Leute, mit denen kein Gespräch möglich ist, überhaupt wollen – gegen eine Impfpflicht sein, die noch gar nicht beschlossen wurde, Originalton. Das ist halt, was sie können, und mehr nicht – außer noch: sicher sein, dass die Zeitung keine unbequemen Fragen stellt. ●

Aus der Reihe  
„Erfreuliches, das nicht unerwähnt bleiben sollte“

# Die städtischen Uhren wurden wieder angeworfen



Gerade wollten wir vor einer Verschwörungshypothese warnen, damit sie gar nicht erst in Umlauf gerät, da hat sie sich schon von selbst zerstreut.

Dass die Uhren in Jena nicht anders gehen, sondern gar nicht, hat schon die Lokalpresse thematisiert, so dass wir den an uns herangetragenen Wunsch, uns damit zu befassen, hätten abweisen

müssen, wären unsere Leser nicht so übermisstrauisch und anfällig für Korruptionslegenden.

Besagter Artikel hatte nämlich dargelegt, wer zuständig ist, das Werbeunternehmen, das die städtischen Uhren zum Verkauf von Werbung gepachtet hat, und wer nicht zuständig ist, die Stadt, die da gar nichts machen kann, wenn die Uhren nicht gewartet werden.

Nun ist diese Werbefirma nicht irgendwer, sondern ein Informationsgigant, mit nachrichtenhaltigem eMail-Dienst und dem „Zerstörung der CDU“-Youtuber, die Stadt gibt denen Aufträge und stellt selber die Beweisfotos online mit Stadtoberen, Stadtmittleren und Geschäftigem. Wenn nun die Stadt kein Mittel in der Hand hat, um den zu bitten, sich um die Uhrzeit zu kümmern, nicht einmal den Willen, dann würde das Fragen auf, etwa die, wer hier wen beschäftigt. Man könnte denken, die Demokraten wären nur formal bei der Demokratie angestellt und arbeiteten informell für die Firma.

Bekanntlich darf der Staat nicht ins Privatrecht flüchten, wir sind indes schon weiter, die Privatfirmen bewirtschaften den Staat.

Das wäre so, wie wenn das Senioren-Akrützel nicht einfach nur Begleitmittel fließen lässt, damit ein staatlicher Teilapparat Werbung schalte, um Finanzflüsse weichzuspülen, sondern als würden wir die Leute, die was werden wollen, auswählen, schulen, medial befördern und in die Posten bringen, auf denen sie darüber entscheiden, bei uns für ihre großartige Politik zu werben auf Staatskosten. So gäbe es eine selbsttragende Korruption, bei der niemand gegen Gesetze verstößt. Bis auf den natürlich, der mit Verwendung des Hasswortes Korruption dagehen hetzt.

Und gerade als wir mahnen wollten, nicht auf eine solche Erzählung hereinzufallen, denn es handelte sich schließlich um eine der Verschwörungstheorien, von denen der Herr Bundespräsident bekanntgab, die stimmen alle nicht, gerade da gehen die Uhren wieder. Der Schlaf in den Uhren ist vorbei, die Warnung ist obsolet.

Und wenn das nach unserem Artikel geschehen wäre, würden wir uns noch darauf was einbilden. ●

## IMPRESSUM

**Rentnerisches Akrützel, Jenas führende Seniorenzeitung** seit 2019

Initiative zur Förderung der Teilhabe Jenaer Senioren an der Informationsgesellschaft

**Druck** Kein Druck, nur Digitalvernetzung

**Geplante Erscheinungsweise** so regelmäßig wie möglich

**Objektleitung, Diversity-Manager, ausführender ehrenamtlicher Redakteur mit Migrationshintergrund,**

**verantwortlich im Sinne des Presserechts** der bekannte Karikaturist Bernd Zeller, Theo-Neubauer-Straße 9, 07743 Jena

**Anregungen und Aufregungen** an 0175-240 61 81 / Senioren-Akruetzel@web.de

**Internetseite** www.seniorenakruetzel.blogger.de

# Personen

Fast sieht es danach aus, als wolle Minister Holter den Eindruck erwecken, in der Demokratie angekommen zu sein: Zufallsjugendliche werden angeschrieben und zur Bildung räterepublikanischer Strukturen eingeladen

Im TLZ-Stil schreibt der Thüringenteil von BILD, „Bildungsminister Helmut Holter wird zum Brieffonkel – und will damit auch Jugendliche zu Wort kommen lassen“; an zufällig ausgewählte 12- bis 27-Jährige werden thüringenweit Briefe verschickt, um unter den Rückmeldungen fünfzig Plätze im „Jugend-Team“ zu verlosen, wo sie dann zu Gesetzesvorhaben angehört würden. Zitiert wird Blödsinnsholtere von „Vorreiter“ und „Mitwirkungsmöglichkeiten“ und „Land stellt sich gut auf, um attraktiv“ und so weiter.

Letztens hat in der Fernsehrederunde eine Aktivjugendliche angemahnt, Bevölkerungsräte zu installieren, wo die Veganerin der jungen Mutter gegenüber sitzt und alle sich von Experten beraten lassen. Man könnte meinen, dies hätte Holter auf die Idee gebracht.

Unwahrscheinlich. Der ist Parteifunktionär, SED, Moskau, der wird nicht fürs Ideenhaben bezahlt, sondern für das Funktionieren.

Was hier demokratisch aussehen muss, würde normalerweise offenkundigmachen, wie Partei und Hof sich von den Bevölkerungsmitgliedern entfernt haben, wenn sie nicht mal mehr wissen, was bei denen wie ankommen und wirken könnte.

Wenn es darum ginge, könnte der Minister mit dem gleichen Aufwand unangemeldet Schulen besuchen, da bekäme er Informationen.

Doch da bestünde die Gefahr von Realitätseinbruch. Es geht um das Gegenteil; das Jugend-Team wird geschult und von der Presse im nötigen Falle verwendet, um Druck zu machen. Etwa nicht?

Sollte das Jugend-Team etwas Unerwartetes und Unerhörtes meinen, na, dann hat es ja keinen Verfassungsauftrag.



Zufällige Auswahl, ach ja? Eine, die nicht rückgängig gemacht werden muss? Woher nehmen sie eigentlich die Daten, die werden ja nicht einfach die Einwohnermeldedaten mit Rasterfahndung durchgehen. Vielleicht gab es ein Gewinnspiel?

Wir fragten bei der Pressesprecherei des Ministeriums: Aus welchem Adressenfundus wurde ausgewählt, nach welchem Zufallsprinzip, also nach welcher die Zufälligkeit gewährenden Methode, geschah die Auswahl, und wie ist die quotenparitätische Zusammensetzung der Auswahlgruppe gewährleistet?

Und den Thüringer Datenschutzbeauftragten baten wir um die Auskunft, wie gewährleistet ist, dass bei der Adressenauswahl der Datenschutz berücksichtigt wurde.

Das Ministerium antwortete uns, „die Auswahl der 4.000 jungen Menschen erfolgte auf Grundlage der statistischen Verteilung junger Menschen in Thüringen (Stand: 31.12.2021). Die zugrundeliegenden Kriterien waren hier: Alter (12-16/16-21/21-27), Geschlecht (männlich/weiblich), Landkreis/kreisfreie Stadt, Gemeindegröße (50.000 und mehr/ 10.000 – 50.000/ 5.000 bis 10.000/ unter 5.000). Um der proportionalen Verteilung junger Menschen pro Landkreis/ kreisfreier Stadt in ganz Thüringen zu entsprechen, wurden junge Menschen entsprechend der Quote pro Landkreis/ kreisfreier aus dem Melderegister gezogen. Um eine entsprechende Verteilung über die Gemeindegrößen zu erreichen, wurde, waren mehr Gemeinden einer Kategorie vorhanden, per softwarebasierten Zufallszahl Gemeinden der Kate-

gorie gelöst bis die Quote erfüllt war. Im Anschluss wurden aus der per Zufallsauswahl gelösten Gemeinde drei junge Menschen nach Geschlecht und Altersgruppe für eine mögliche Teilnahme am Jugend-Team ausgewählt. Ziel war hier insbesondere in ländlichen Regionen junge Menschen in möglichst vielen Gemeinden zu erreichen.

Die Besetzung des Jugend-Teams wird grundlegend auf den freiwilligen Rückmeldungen basieren. Liegen mehr Rückmeldungen als Plätze vor, wird erneut per softwarebasierter Zufallszahl gelöst. Dabei soll sich einer paritätischen Besetzung insbesondere nach Alter, Geschlecht und Landkreis/ kreisfreier Stadt angenähert werden. Sollte es die Zahl und Verteilung der Rückmeldungen zulassen, werden weitere soziodemografische Kriterien wie Beschäftigungsstand/ Schulform hinzugezogen.

Wichtig ist jedoch, dass es sich nicht um eine repräsentative Auswahl im wissenschaftlichen Sinne handelt. Auch werden die Aussagen des Jugend-Teams nicht als repräsentativ, sondern als qualitative Ergänzung bezeichnet. Ziel der aleatorischen Besetzung im zweistufigen Verfahren ist es, zunächst möglichst viele ggf. unterschiedliche Perspektiven von jungen Menschen zu berücksichtigen. In diesem Sinne ist zu betonen, dass die jungen Menschen im Rahmen des Jugend-Checks eingebunden und hier gefragt sind, die wissenschaftliche Perspektive um ihre individuellen, qualitativen Eindrücke mit Blick auf ihre persönliche Lebensrealität zu ergänzen.“

Na, wessen Meinung wird nun noch unwichtiger?

Dann sagen wir es Ihnen: Ihre.

Auch wenn Sie denken, Sie haben ja gar keine und schließen sich der Politikwissenschaft an. Sie werden sich wundern, wie sehr Sie dem Fortschritt und der Zukunft im Wege stehen.

Jetzt können Sie meinen, das ist schwarzgemalt, einseitig negativ ausgelegt, man müsse das Vorgehen demokratiekonform auslegen. Können Sie gern tun. Was Sie nicht können, ist sagen, Ihnen wäre nichts gesagt worden.



Dann noch die Frage nach dem Datenschutz. Von der zuständigen Stelle, die als TLfDI firmiert, bekommen wir die Information: „Beim TLfDI ist dieser o. g. Fall nicht bekannt. Möglicherweise wurden die personenbezogenen Daten im Rahmen einer Gruppenauskunft gemäß § 46 Abs. 1 Bundesmeldegesetz (BMG) erhoben. Danach ist es zulässig, eine Melderegisterauskunft über eine Vielzahl nicht namentlich bezeichneter Personen (Gruppenauskunft) zu erteilen, wenn sie im öffentlichen Interesse liegt.“

Für die Zusammensetzung der Personengruppe dürfen die folgende Daten herangezogen werden: 1. Geburtsdatum, 2. Geschlecht, 3. derzeitige Staatsangehörigkeit, 4. derzeitige An-

schriften, 5. Einzugsdatum und Auszugsdatum, 6. Familienstand mit der Angabe, ob ledig, verheiratet, geschieden, verwitwet, eine Lebenspartnerschaft führend, Lebenspartnerschaft aufgehoben oder Lebenspartner verstorben. Nach § 46 Abs. 2 BMG dürfen außer der Tatsache der Zugehörigkeit zu der Gruppe folgende Daten mitgeteilt werden: 1. Familienname, 2. Vornamen, 3. Doktorgrad, 4. Alter, 5. Geschlecht, 6. Staatsangehörigkeiten, 7. derzeitige Anschriften und 8. gesetzliche Vertreter mit Familienname und Vornamen sowie Anschrift. Ob dieses Verfahren zur Anwendung kam, ist hier allerdings nicht bekannt. Wir hoffen, Ihre Frage für die Leser des Senioren-Akrützel beantwortet zu haben.“ ●



## Frage an den **AKRÜTZEL**-Briefkasten Wo ist die Meldestelle für akrützelveindlichen Hass?

Genaugenommen lautete die Frage nicht, wo senioren-akrützelbezogene Menschenfeindlichkeit zu melden sei, sondern ob wir selbst die Hassbotschaften gegen das Senioren-Akrützel registrieren.

Nein, das tun wir nicht, weil wir dafür keine Fördermittel kriegen.

Aber der Gedanke ist natürlich richtig, dass gegen die geschürte Wut auf das Senioren-Akrützel irgendein Gesicht gezeigt werden muss und dass eine Nicht-Akrützel-Organisation die nötige Finanzausstattung aus den zivilgesellschaftlichen Reichtümern zugeteilt kriegen sollte.

Unterhalb der Strafbarkeit lassen brave Bürger manches heraus, was sich aufgestaut hat, wovon man aber gar nicht wissen darf, dass man es denkt. Was nicht in der Zeitung steht, darf dann auch nicht einfach in einer anderen Zeitung stehen, wer das will, ist retro.

Aber wir wollen uns gar nicht schönreden, unsere Kapazitäten reichen nicht, um

uns auf den jeweiligen Stand des aktuellen Konsenses zu bringen. So wird, zeitungssdeutsch ausgedrückt, die Zielscheibe des Unmuts in den Focus gerückt. Was aber keine Entschuldigung für Hassmenschen sein darf.

Für den Zusammenhalt von Jena ist es wichtig, dass es ein Portal gibt, wo anonym gemeldet werden

kann, wer welche Hassbotschaften gegen das Senioren-Akrützel wem gegenüber verbreitet hat, damit die gemeldete Person die Möglichkeit zur Anhörung bekommt und mitteilen kann, aus welchen Eckrändern er oder sie dieses Gedankengut aufgenommen hat.

So werden Brücken über die Gesellschaft gebaut. ●

### *Jenaer Impressionen*



HIER GIBT'S WAS GESCHENKT  
Kostenloses Gratis-PDF umsonst  
zum Herunterladen für 0,- Euro

Cartoons  
of  
Love  
and  
Hate

Auf [www.zellerzeitung.de](http://www.zellerzeitung.de)  
Unten bei den Klassikern

Das relative Highlight  
für Ihr Betriebsfest oder  
Ihre Coronaparty



ANERKANNTER KARIKATURIST  
ZEICHNET PORTRÄTKARIKATUREN  
VON ALLEN GÄSTEN, DIE WOLLEN  
03641-619434 in und um Jena  
ab 300,- €

Originale kaufen,  
solange sie noch  
günstig sind



**BERND  
ZELLER**

## Furcht und Elend des Grünen Reiches

Wir sagen  
statt Gewaltenteilung  
lieber  
Quotengerechtigkeit.



solibro

100 Seiten Hardcover, 20,- Euro, [www.solibro.de](http://www.solibro.de)

[www.atelierno8.de](http://www.atelierno8.de)



*Wir müssen selbstkritisch fragen, ob Corona nicht zu viel des Guten war*



Journalismus sollte sich auf die Kernanliegen beschränken, damit keine Selbstblockaden drohen. Klima, Rassismus und Gender, das sind die wichtigen Themen unserer Zeit, zu denen es immer etwas zu sagen gibt. Wir Presseleute werden aber auch betriebsblind, wenn wir glauben, das geht mit anderen Themen einfach so weiter. Corona aber zeigte, dass dem nicht so ist, die Themen Klima, Rassismus und Gender traten in den Hintergrund. Zu eindeutig war die Verteilung zwischen Regierung und Böse. Bequemlichkeit kann indes kein Motiv zur Themensetzung sein, besonders dann nicht, wenn Klima, Rassismus und Gender aus dem Fokus des Blickfeldes gerückt werden, wie es denen von steuerbord nur lieb wäre. Die Menschen müssen da abgeholt werden, wo sie sind, und das ist eben noch nicht da, wo sie hinsollen, dieser Tatsache ist ins Gesicht zu sehen.

## Studie: Geld ist überbewertet

Wie eine Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Vielfalt, Toleranz und Fortschritt herausfand, ist der Befund klar. „Geld ist zwar von entscheidender Bedeutung, um die Schere zwischen Arm und Reich zu beziffern, aber im Privaten spielt diese sozialpolitische Kategorie keine Rolle“, so eines der Fazits. „Mit dieser Studie haben wir einen wichtigen Baustein zum besseren Verständnis, wo wir eine Frühwarnsensibilisierung brauchen, damit die Menschen in die Lage versetzt werden, noch besser zu ticken“, sagte die Ministerin.



**Die wirklich wichtigen Dinge im Leben kann man sich sowieso nicht leisten**

## Thüringer Justizministerium erlässt Amnestie für alle Falschkostümierten in der Faschingszeit



Wer zu Fasching als jemand gegangen ist, dessen Identität damit angeeignet worden ist, kann dieses eine Mal mit einer Einstellung des Verfahrens rechnen, wenn er seine Lektion gelernt hat. Das gab das Thüringer Justizministerium bekannt. Kritik daran kam von Katharina König-Preuß.

## Hinweis des Verbraucherzentralrates: Milch ist das Fleisch unter den Getränken

Milch klingt erst einmal unverfänglich nach Reismilch oder Sojamilch. Was viele nicht wissen: Sie kommt von der Kuh. Wie, das wollen Sie lieber nicht wissen.



*übrigens ... Wussten Sie schon?*

**Der Bau des Berliner Flughafens BER hat länger gedauert als der Bau der Pyramiden von Gizeh. Aber die Pyramiden haben noch immer keine funktionierenden Gepäckförderbänder.**